

HALLE, 31. Januar  
**M**ario Müller will kein Neonazi sein. Deshalb schickt er einen Vertrag. Darin steht, dass in einem Text über ihn der Begriff „neonazistisch“ nicht auftauchen darf. Veröffentlicht werden darf nur, was er freigegeben hat. Das sind seine Bedingungen für ein Gespräch. Solche Verträge schicken Superstars an Zeitschriften mit zweifelhaftem Ruf. Sie wollen ihr Bild in der Öffentlichkeit kontrollieren. Der 28 Jahre alte Müller ist nach eigenen Angaben Politaktivist, ein wichtiger Kopf der „Identitären Bewegung“. Nun kann kein Journalist so einen Vertrag unterschreiben. Antwort an Müller: „Wenn Sie auf dem Vertrag bestehen, gibt es keine Geschichte.“ Müller rudert zurück. Aufmerksamkeit ist ihm wichtig. Und er will viel davon. Am liebsten aber zu seinen eigenen Bedingungen.

Am 27. August 2016 lief es genau nach Müllers Geschmack: Sechs Mitglieder der „Identitären Bewegung“ kletterten mit Leitern auf die obere Ebene des Brandenburger Tors. Unter dem Reiterwagen entrollten sie zwei Transparente, schwenkten die Fahne der Gruppe. Es war eine Aktion, wie sie von Greenpeace stammen könnte, mit Botschaften wie: „Mehr Klimaschutz, jetzt“ oder „Atomkraft abschalten“. Auf den Plakaten der „Identitären“ aber stand: „Sichere Grenzen, sichere Zukunft“ und: „Grenzen schützen, Leben retten!“

Die Bilder schafften es in die Nachrichten. „Rechte Aktivisten besetzen Brandenburger Tor“ oder „Identitäre Bewegung klettert auf Brandenburger Tor“. Hundert Meter entfernt hatte das „Zentrum für politische Schönheit“ wenige Wochen zuvor symbolische Gräber errichtet, um an die Flüchtlinge zu erinnern, die im Mittelmeer gestorben sind. Müller sitzt in einem Café in Halle, fährt sich durch die streng gescheitelten Haare: „Das ist genau die Art von Aktion, die wir uns vorstellen“, sagt er und lehnt sich zurück. Sein Oberlippenbart ist gewirbelt, in den Ohrläppchen trägt er Löcher. Was „Greenpeace“ oder das „Zentrum für politische Schönheit“ von links sind, das wollen die „Identitären“ gerne für rechts sein. Sie sind jung, lässig, völkisch: Sie fordern die Ausweisung von Einwanderern, geschlossene Grenzen und eine Bewahrung des „ethno-kulturellen Erbes“ Deutschlands. Sie sind keine Partei und kein Verein, einfach eine lose Bewegung aus Aktivisten, die unter einem gemeinsamen Namen agieren.

2014 gründet sich die „Identitäre Bewegung“ in Deutschland. Die Idee stammt aus Frankreich, dort ist der „Bloc Identitaire“ schon zwei Jahre vorher mit islamfeindlichen Botschaften im Internet erfolgreich. Die „Identitären“ vertreten ein „multiethnisches Weltbild“. Demnach sind Völker nicht unterschiedlich viel wert wie etwa in der Ideologie der Nationalsozialisten, nur soll jede einzelne Ethnie bitte schön unter sich bleiben. Äthiopier in Äthiopien, Italiener in Italien und Rumänen in Rumänien. Oder einfach: Deutschland den Deutschen? Müller grinst. Dazu möchte er nichts sagen.

Auf der Facebook-Seite der deutschen „Identitären“ erscheint kurz nach der Gründung ein Video. Es zeigt junge Männer, die aussehen, als kämen sie aus Berlin-Mitte und sorgten sich um „Deutschsein“ und wegen „Überfremdung“. Der „Charakter des Landes“ sei bedroht, man müsse gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ kämpfen, sagen sie, im Hintergrund ein Nadelwald. Mario Müller fasziniert das. Die Idee einer konservativen Jugendbewegung gefällt ihm, er will seine „Liebe zum Vaterland“ offensiv zeigen. Müller gründet daraufhin eine Untergruppe in Halle, die sich „Kontrakultur“ nennt. Sie wollten lauter sein als der Rest der „Identitären“ in Deutschland, nicht bloß ein Netzphänomen. Zwei Jahre ist das her. Inzwischen geben sie mit diesem Stil den Ton innerhalb der deutschen Gruppierungen vor. Die meisten Aktionen und Ideen der „Identitären“ gehen auf die Gruppe in Halle zurück. Von ihnen stammt die Idee, vor der CDU-Zentrale, wie vor wenigen Wochen geschehen, eine „Blockade“ zu veranstalten. Einzelne Mitglieder aus Halle waren auch daran beteiligt, eine Lesung im Maxim-Gorki-Theater in Berlin zu stürmen. Immer dabei: Mario Müller. Der Kopf der Gruppe aus Halle gilt als Strippenzieher der Organisation.

### Morgen auf der Seite Staat und Recht

Amerika – Land unter Waffen.  
 Wie aus dem Recht von  
 Milizionären ein eigennütziges  
 Jedermannsrecht wurde.

Am Haupteingang der Universität in Halle, gleich neben dem Audimax, will er sich treffen. Hier studiert Müller Politikwissenschaft und Geschichte. Er bringt Dorian Schubert mit, 26 Jahre alt, BWL-Student und ebenfalls Mitglied der Gruppe. Ein Mann, der immer kurz zu Müller rüberblickt, bevor er etwas sagt. Zum Semesterbeginn bauten sie zusammen auf dem Vorplatz der Uni einen Stand auf. Die „Identitären“ wollten sich präsentieren, so wie das andere Studentenorganisationen tun. Sie legten Flugblätter und Süßigkeiten aus. Und sie entrollten während der Immatrikulationsfeier ein Transparent auf der Empore des Audimax: „Willkommen auf unserem Campus“ stand darauf. Keine inhaltliche Botschaft, nur eine Machtdemonstration: Die Uni ist längst zur Kampfzone geworden. Eine Genehmigung gab es für die Aktion nicht, deshalb reagierte die Univerwaltung auch mit einer Strafanzeige. Der Vorwurf: Hausfriedensbruch.



Hauptsache, es gibt ein Foto: Ein Aktivist der „Identitären Bewegung“ und Polizisten auf dem Brandenburger Tor im August 2016

Foto dpa

# Rechtsextreme Hipster

Wie Aktivisten der „Identitären Bewegung“ ihr völkisches Denken mit der Ästhetik linker Protestgruppen verbinden – und von der Machtübernahme träumen. *Von Timo Steppat*

Die „Identitären“ geben sich gerne als ganz normale Studentenorganisation. Dabei stehen sie seit einigen Monaten unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes in Sachsen-Anhalt und werden als „rechtsextrem“ eingestuft. Vieles, was sie tun, wirkt harmlos. Thorsten Hahnel von der Arbeitsstelle Rechtsextremismus in Halle sagt: „Die ‚Identitären‘ verzichten auf manche Codes der rechten Szene, dabei vertreten sie Gedanken von ganz rechts. Das führt dazu, dass es viel schwerer ist, ihnen wirksam entgegenzutreten.“ Die erste öffentliche Aktion der „Identitären“ in Halle war im Juni 2015. Weiße Büsten, die im Foyer der Uni stehen, bekamen Augenklappen aufgesetzt. „Damit sie es nicht sehen müssen“ stand korrespondierend auf einem ausserrollten Banner und bezog sich, wie dort stand, auf „Political Correctness“ und „Genderwahn“. Von der Empore im ersten Stock lief außerdem ein Stapel mit ein paar Dutzend weißer Zettel herunter. Wie Konfetti kreisten sie vor historischer Kulisse in der Luft – ein Bild erschien kurz darauf auf der Facebook-Seite. Die Aufnahme erinnert an Filmzitate aus der „Weißen Rose“ über die Widerstandskämpfer Hans und Sophie Scholl. An der Universität München legten sie 1943 Flugblätter gegen das Nazi-Regime aus und stießen diese in die Luft. Sie wurden ergriffen und zum Tode verurteilt. Sie selbst im Widerstand zu sehen und dabei eine Opferrolle zu betonen, das tun die „Identitären“ häufig.

Mario Müller, aufgewachsen in Bremen, schwärmt von Halle. Schubert und er sind bewusst zum Studieren hierhergezogen. Für ihr politisches Engagement gebe es „gute Voraussetzungen“, sagt er und führt schwache linke Strukturen an. Schubert sagt: „Hier kann man seine Meinung offen und freier sagen als anderswo.“ Man merke, dass Halle eine deutsche Stadt sei, sagt Schubert, während sie an den Fassaden der Altstadt vorbeiziehen. „In anderen Städten gehören Überfremdung und Islamisierung bereits zum Alltag“, sagt Schubert. In Halle sei es am Hauptbahnhof so. „Einwanderer handeln dort auf offener Straße mit Drogen“, behauptet Müller. „Viele Menschen hätten Angst, sich dort zu bewegen. Das müsse sich ändern, findet Müller und lässt keinen Zweifel daran, sich selbst dazu berufen zu fühlen.

Während Müller spricht, neben ihm Schubert in der Sitzbank eines Cafés, drückt er den Rücken durch, als wollte er sich größer machen. Auf den Unterarmen sind großflächige Tattoos, grün und blau. Müller gestikuliert sparsam, spricht laut, akzentuiert jedes Wort, und am Ende der Sätze hebt er seine Stimme an. Zum Beispiel, wenn er sagt: „Deutschsein hängt sehr wohl auch von der Abstammung ab.“ Zwei Rentnerinnen, die mit anderen beim Frühstück sitzen, schauen besorgt. Es geht

Müller um die „deutsche Identität“, die durch zu viel Einwanderung verwässere. Deshalb spricht er gerne vom Konzept der „Remigration“, mit dem auch Einwanderer, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, ausgewiesen werden sollen. Es klingt anders, bedeutet aber: Ausländer raus.

Während Müller ausführt, holt er immer wieder sein Handy hervor. Andere Mitglieder der Gruppe bereiten ein paar hundert Meter entfernte eine Aktion vor. Sie schicken ihm kurze Statusmeldungen. In wenigen Minuten soll es losgehen. In einer Seitenstraße warten die vier anderen. Einer von ihnen – groß, Pullover, Hemd, Lederschuhe – hat eine Bananenkeiste unter dem Arm. Darin liegen ein paar Dutzend Taschen. So wie Unternehmen Tüten an Studenten verteilen, in denen Werbung und Süßigkeiten liegen, kombinieren die „Identitären“ Kaubonbons und Safttüten mit ihren Flyern. Daran steht: „Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund.“ Die einzige Frau in der Gruppe, Melanie Schmitz, springt in Hotpants auf und ab. Was man heute mache, entschuldigt sie sich, sei nicht so spannend. Dann vibriert das Handy, sie laufen los. Gerade endet eine Einführungsvorlesung in Politikwissenschaft.

Vor dem Eingang zum Uni-Gelände stellen sie sich auf, hier kann die Verwaltung nichts gegen sie ausrichten. Zwei aus der Gruppe strecken die befüllten Jutebeutel aus. Einzelne Studenten greifen zu. Ein junger Mann mit längeren Haaren ruft den Passanten zu: „Esst die Süßigkeiten, aber werft die scheiß Tüten weg. Das ist rechter Müll.“ Für die „Identitären“ ein Beleg fehlender Meinungsfreiheit. „Wir wollen nur in Ruhe für unsere Position werben“, sagt Schubert. „Aber in der Universität ist nur erlaubt, was links-grün ist.“

Die Fotos, die das Verteilen der Taschen dokumentieren, landen bald darauf auf der Facebook-Seite. Aufstellen, Verteilen und Fotos machen, alles zusammen hat nicht länger als 20 Minuten gedauert. So ist es meistens: Von der Aktion selbst bekommt man vor Ort fast nichts mit. Sie endet, bevor es Widerstand geben könnte. Wichtig sind die Bilder und Videos in den sozialen Netzwerken. Dort sieht es aus, als gäbe es in Halle eine starke rechte Bewegung.

Vier Zeichen sind auf den Taschen der „Identitären“ zu sehen, die sie an diesem Tag verteilen: ein Bierkrug, Boxhandschuhe, ein Megafon und das griechische Zeichen Lambda. Es ist das Symbol der „Identitären“: Ein Kreis mit einem umgedrehten „V“ in der Mitte. Das geht auf den Spielfilm „300“ zurück, in dem die Spartaner das Lambda auf ihren Schilden tragen, als sie gegen die übergroße persische Armee kämpfen. Wie David gegen Goliath: Ein Prozent der Bevölkerung soll aus-

reichen, um das Meinungsklima in einer Gesellschaft zu drehen. Die Idee stammt von Götz Kubitschek. Er ist einer der Vordenker der „Neuen Rechten“ und lebt im 60 Kilometer von Halle entfernten Schnellroda, wo er die neurechte Zeitschrift „Sezession“ verlegt und Gastgeber von Seminaren des „Instituts für Staatspolitik“ ist. Hier treffen sich Vertreter von Kameradschaften und Intellektuelle aus der rechtsradikalen Szene, Vertreter der AfD und der „Identitären Bewegung“ zum Gedankenaustausch.

Kubitschek und die „Identitären“ haben ein spezielles Verhältnis. An der Gründung war er nicht beteiligt, aber er hat die Idee einer rechten Aktivisten-Gruppe schon vor ein paar Jahren durchgespielt. Damals initiierte er die „Konservativ-subversive Aktion“, kurz KSA. Sie sollte gezielt Medienmechanismen für sich nutzen und so den Diskurs beeinflussen. Einmal stürmten Mitglieder eine Lesung von Günter Grass und warfen Handzettel. Viel mehr passierte nicht. „Die Zeit war noch nicht reif“, sagt Müller. Die „Identitären“ arbeiten heute wie die KSA, die sich Kubitschek vorgestellt hat. Die Gruppe von Müller in Halle will das eine Prozent sein, von dem Kubitschek gerne spricht. Gemeinsam diskutieren sie Ideen und tauschen sich aus.

Auf eine Aktion sind Müller und Schubert besonders stolz, über die Details wollen sie aber lieber nicht sprechen. Es gab Anzeigen, und die Staatsanwaltschaft ermittelte. Trotz der Selbstbezeichnungen der Gruppe im Netz konnten die Täter nicht gefunden werden. Hinweise fehlten. Inzwischen ist das Verfahren eingestellt.

Die Geschichte geht so: Am 11. März 2016 waren Menschen ohne deutschen Pass in Halle zu einer Probewahl auferufen. Ausländer, die länger in Sachsen-Anhalt leben, sollten mit dem politischen System Deutschlands vertraut gemacht werden. Morgens fanden die Verantwortlichen eine eineinhalb Meter hohe Mauer vor dem Eingang eines Wahllokals. Darauf stand „No Way“. Zur gleichen Zeit waren schon Bilder der nächtlichen Tat auf der Facebook-Seite der „Identitären“ aufgetaucht: Die Aktion sei ein „Protest gegen den Austausch des deutschen Volkes“, steht da. Nicht Mörkel, sondern Bauschaum, darauf legen Müller und Schubert Wert, hielt die Steine zusammen. Deswegen waren sie auch relativ bald weggeräumt. Was blieb, war die Überschrift in vielen Medien: „Wahllokal in Halle zugemauert“. Müller bekam, was er wollte: Aufmerksamkeit ganz nach seinem Geschmack.

Wie viele der „Identitären Bewegung“ in Halle angehören, lässt sich nur schätzen. Ein Dutzend, glauben Beobachter. Von landesweit etwa 50 Mitgliedern geht der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt aus. Auch bundesweit ist nicht klar, wie

viele es sein könnten. Angaben über Mitgliederzahlen werden vermieden. Wer den Eindruck einer Bewegung von unten machen will, vermeidet lieber, wie eine Splittergruppe zu erscheinen.

Mario Müller und Melanie Schmitz besuchen Treffen rechter Kameradschaften, auf gemeinsamen Fotos posieren sie als Paar. Und beide, Müller und Schmitz, haben ein intensives Verhältnis zur AfD. „Gedankenaustausch“ nennt es Müller. Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter der AfD in Magdeburg, trat mehrfach bei Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“ auf. Mindestens zwei Mal in Halle. Im Landtag lobte er den Mauerbau vor dem Wahllokal als „kreativen Protest“. Melanie Schmitz wiederum sang als „Melanie Halle“ bei den Wahlparats der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Beispiele wie dieses gibt es einige. Sie zeigen ein Verbindungsnetzwerk zwischen Politik und Aktivisten: ein scheinbar zirkulierender Austausch zwischen Magdeburg, der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, als einem der Machtzentren der AfD, dem Institut für Staatspolitik in Schnellroda mit Götz Kubitschek als Vordenker der „Neuen Rechten“ und den „Identitären“ in Halle.

Dabei hat der Bundesvorstand der AfD eigentlich eine klare Abgrenzung gefordert. Mit den „Identitären“ will man nicht kooperieren, Verbindungen von Funktionären sollen untersagt sein, heißt es in einem Beschluss. Die „Patriotische Plattform“, ein rechtsradikaler Verein von AfD-Mitgliedern, dem auch Tillschneider angehört, will selbst eine „Identitäre Bewegung“ sein, heißt es im Programm.

Die „Identitären“ sind aber nicht nur ein Problem wegen der Inhalte, für die sie stehen. Es geht auch um ihre Vergangenheit. Mario Müller spricht von „Jugend-sünden“. Er und Schubert waren, bevor sie zur „Identitären Bewegung“ kamen, Mitglieder der Jungen Nationalen, der Jugendorganisation der NPD. Das gilt auch für einige andere Mitglieder. Mario Müller will heute kein Neonazi sein, aber er war zumindest früher einer. 2010 wurde er von einem Gericht in Niedersachsen zu siebeneinhalb Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er vier Jugendliche mit einem Totschläger angriff.

Den Kontakt zu Kameradschaften und zu Freunden aus der NPD-Organisation hält er weiterhin. Manche Leute seien „sehr in Ordnung“. Politisch kooperiere man nicht. Wie er überhaupt in das NPD-Umfeld kam? Müller sagt: „Wir hatten keine politische Heimat.“ Die CDU sei ihnen zu links gewesen. Aber das Klima im Land, sagt Schubert, ändere sich gerade. „Ein ehemaliger Linksextremist wie Joschka Fischer konnte später Außenminister werden“, sagt Müller. Er überlegt, die Partei zu wechseln. Mit den Leuten von der AfD versteht er sich gut.

## Wem man trauen soll

Das britische Unterhaus debattiert über den Brexit

Von Jochen Buchsteiner

LONDON, 31. Januar. Brexit-Minister David Davis brach die Entscheidung, vor der das britische Parlament seit Dienstag steht, auf eine simple Frage herunter: „Trauen wir den Menschen oder nicht?“ Die Antwort seines wichtigsten Gegenspielers, des „Brexit-Schattenministers“ Keir Starmer, war eindeutig: Die Labour Party habe das Referendum verloren, „aber wir sind Demokraten und haben das Ergebnis zu respektieren“. Damit stand schon am Anfang der zweitägigen Unterhausdebatte weitgehend fest, dass die Regierung die nötige Zustimmung erhalten wird, um Artikel 50 des EU-Vertrages in Kraft zu setzen und die Gespräche über den Ausstieg beginnen zu lassen.

Bevor sich die Abgeordneten im Unterhaus sammelten, spielte Davis die Bedeutung der Debatte herunter. Er sprach von „einem von vielen Momenten für das Parlament, um den Ausstiegsprozess zu hinterfragen“. Technisch gesehen, ist das korrekt, denn über den Brexit ist schon mehrmals im Unterhaus diskutiert (und im Dezember sogar abgestimmt) worden. In den kommenden zwei Jahren werden die Abgeordneten mindestens drei weitere Gelegenheiten erhalten, um über den Austrittsprozess zu beraten und ein Votum abzugeben. Dennoch ist die Debatte, die an diesem Mittwochabend in eine Abstimmung münden soll, für viele Parlamentarier eine besondere, wenn nicht die entscheidende.

Vor einer Woche hatte der Supreme Court dem Parlament ein bindendes Votum zugesichert, und in fast allen Fraktionen fanden sich seither Abgeordnete, die ihr Recht nutzen wollen, um den Ausstiegsprozess zu stoppen oder ihm zumindest eine andere Form zu geben. Die wohl leidenschaftlichste Erklärung gab am Dienstag der konservative Abgeordnete Kenneth Clarke ab, der sich gegen den Vorwurf verwahrte, er sei „nein“ zum Brexit-Gesetz sei „undemokratisch“. Clarke erinnerte an die „beratende“ Funktion des Referendums und erklärte ein Plebiszit für „höchst ungeeignet“, um einen komplizierten Sachverhalt zu klären. Als Parlamentarier fühle er sich seinem Gewissen verantwortlich und habe nie die Notwendigkeit gesehen, durch eine Mehrheitsentscheidung seine Meinung zu ändern. „Ich muss auch nicht die Positionen der Labour Party vertreten, wenn sie vom Volk an die Macht gewählt wird“, sagte er. Im Übrigen bezweifelte er, dass sich die Euroskeptiker hinter das Volk gestellt hätten, wenn dieses am 23. Juni für den Verbleib in der EU gestimmt hätte.

Das wurde am gegenüberliegenden Ende des Spektrums anders gesehen. Bill Cash, einer der feurigsten Brexit-Verfechter der Tories, schoss sich auf die „Remoaner“ ein, auf jene also, die für den Verbleib („remain“) gestimmt hatten und nun herumnörgelten („moan“). Britanien habe eine „tiefgreifende friedliche Revolution“ erlebt, sagte Cash und fuhr fort: „Die Remoaner kapieren einfach nicht die Dimension dessen, was passiert ist.“ Auch Labour-Abgeordnete sowie die Fraktionen der Liberaldemokraten und der Schottischen Nationalisten (SNP) kündigten an, ihre Zustimmung zum Austrittsgesetz zu verweigern, aber die Sorgen der Regierung richteten sich nicht auf das Erreichen der Mehrheit. Wird das Brexit-Gesetz in der gewünschten Eile, also bis Ende März, von beiden Häusern abgesegnet sein?, lautete die größere Sorge. Die Hoffnung von Downing Street ist sogar, schon am 7. März mit allem durch zu sein. Dann könnte Premierministerin Theresa May auf dem Brüsseler Gipfel am 9. und 10. März Artikel 50 vor Ort in Kraft setzen.

Unsicherheit ruft auch die Flut von Änderungsanträgen hervor. Die meisten wurden von der SNP und den Liberaldemokraten, die das Gesetz als Ganzes ablehnen und sich daher den Vorwurf der bewussten Verzögerung gefallen lassen mussten. Ihr Vorstoß, das Verhandlungsergebnis in einem weiteren Referendum abstimmen zu lassen, erwartet keine Mehrheit. Das lässt sich nicht mit gleicher Gewissheit über die Anträge der Labour Party sagen.

Starmer möchte festschreiben lassen, dass Britanien „vollen Zugang zum Binnenmarkt“ behält, die Arbeitnehmerrechte auf EU-Niveau bleiben und das Parlament regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert wird. Dies ließe sich mit den Vorstellungen der Regierung vereinbaren. Aus Sicht der Regierung würde es die Verhandlungsposition verschlechtern, wenn sich die Opposition mit dem Vorschlag durchsetzt, den Aufenthaltsstatus der EU-Bürger im Königreich zu garantieren, bevor die Verhandlungen beginnen. May hat wiederholt von ihrer „Pflicht“ gegenüber den Briten im EU-Ausland gesprochen und will erst Garantien aussprechen, wenn das Thema „wechselseitig“ geklärt ist.